

Stellungnahme des Landtags

durch den Ausschuss für Europa und Internationales

zu der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen

vom 31. Juli 2023

– Drucksache 17/5232

**Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten;
hier: Verordnung über die Transparenz und Integrität von
Rating-Tätigkeiten in den Bereichen Umwelt, Soziales
und Governance (ESG)
COM(2023) 314 final (BR 313/23)**

Stellungnahme

Der Landtag nimmt von der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 31. Juli 2023 – Drucksache 17/5232 – Kenntnis.

27.9.2023

Der Berichterstatter:

Der Vorsitzende:

Emil Sänze

Willi Stächele

Bericht

Der Ausschuss für Europa und Internationales beriet öffentlich die Mitteilung des Ministeriums für Finanzen, Drucksache 17/5232, in seiner 24. Sitzung, die als gemischte Sitzung mit Videokonferenz stattfand, am 27. September 2023. Vorberatend hatte sich der Ausschuss für Finanzen mit dieser Mitteilung befasst und empfohlen, von der Mitteilung Kenntnis zu nehmen. Der Ausschuss für Europa und Internationales war gemäß § 26 Absatz 4 Satz 3 der Geschäftsordnung des Landtags wegen der Eilbedürftigkeit bei diesem Vorhaben ermächtigt, für den Landtag abschließend Stellung zu nehmen.

Abg. Sarah Schweizer CDU brachte vor, für nachhaltige Finanzanlagen würden ESG-Ratings immer wichtiger. In Baden-Württemberg sei vor einigen Monaten das Gesetz für nachhaltige Finanzanlagen verabschiedet worden. Auch profitiere Baden-Württemberg mit Green Bonds stark vom Thema Nachhaltigkeit. Das EU-Vorhaben sei daher zu unterstützen.

Abg. Emil Sänze AfD äußerte, hinter ESG – Environmental, Social and Governance – verberge sich u. a. auch das Lieferkettengesetz. Bei der seinerzeitigen Diskussion im Ausschuss über das Lieferkettengesetz sei die allgemeine Erkenntnis

Ausgegeben: 17.10.2023

1

gewesen, dass dieses die kleinen und mittleren Unternehmen praktisch nicht betreffe. Jetzt sei aber festzustellen, dass gerade im Rahmen des jetzt vorliegenden EU-Gesetzesvorschlags die Verpflichtungen auf die KMUs zessioniert würden. Das sei der springende Punkt. Die kleinen und mittelständischen Unternehmen seien jetzt also doch betroffen. Das müsste seines Erachtens irgendwie verhindert werden können.

Grundsätzlich könne er den vorliegenden Gesetzentwurf nicht gutheißen, weil er andere Bereiche, die nicht ideologisch besetzt seien, von der Finanzierung ausschließe und die Ratingagenturen ausschließlich entsprechend konditioniert würden. Ob das im wirtschaftlichen Handeln Sinn mache, wage er stark zu bezweifeln.

Abg. Michael Joukov GRÜNE erwiderte, es sei ein Unterschied, ob ein mittelständisches Unternehmen vom Lieferkettengesetz kraft Größe in seiner Alltagstätigkeit ausgenommen sei oder ob das Unternehmen als nachhaltige Finanzanlage bewertet werden solle. Die Nachfrage nach nachhaltigen Finanzanlagen steige. Bisher sei nicht wirklich geeicht, welche Bewertungsschwerpunkte zugrunde lägen. Mit dem jetzt vorliegenden Verordnungsvorschlag sollten Regelungen getroffen werden. Es sei ein Unterschied, ob jemand tätig werden wolle oder sich für den Verkauf – negativ gesprochen – als nachhaltig aufhübsche.

Ohne förmliche Abstimmung beschloss der Ausschuss für Europa und Internationales folgende Stellungnahme:

Der Landtag nimmt von der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 31. Juli 2023 – Drucksache 17/5232 – Kenntnis.

11.10.2023

Sänze

Empfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Finanzen
an den Ausschuss für Europa und Internationales**

**zu der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen
vom 31. Juli 2023
– Drucksache 17/5232**

**Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten;
hier: Verordnung über die Transparenz und Integrität von Rating-Tätigkei-
ten in den Bereichen Umwelt, Soziales und Governance (ESG)
COM(2023) 314 final (BR 313/23)**

E m p f e h l u n g

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 31. Juli 2023 – Drucksache 17/5232 – Kenntnis zu nehmen.

21.9.2023

Die Berichterstatterin:

Der Vorsitzende:

Nese Erikli

Martin Rivoir

B e r i c h t

Der Ausschuss für Finanzen behandelte die Mitteilung Drucksache 17/5232 in seiner 32. Sitzung, die in gemischter Form mit Videokonferenz stattfand, am 21. September 2023.

Ohne Aussprache kam der Ausschuss einvernehmlich zu der Empfehlung an den federführenden Ausschuss für Europa und Internationales, dem Plenum die Kenntnisnahme von der Mitteilung Drucksache 17/5232 zu empfehlen.

27.9.2023

Erikli